

In dieser Ausgabe

Haushalt 2018 ohne neue Schulden
Bessere Kontrolle der EU-Binnenmigration
Seite 2

Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt gegründet
Seite 3

Baukindergeld auf den Weg gebracht
Newsticker „Zahlen und Fakten“
Seite 4

Parlamentskreis Mittelstand: Sommerfest mit
Arbeitsprogramm
Auszug aus dem Terminkalender
Seite 5



Foto: Büro Pols MdB

Die Woche in Berlin

Auch wenn es scheint, dass der Asyl-Konflikt zwischen den Spitzen von CDU und CSU die letzten Tage vor der Sommerpause dominierte, haben wir im Parlament noch einmal viel auf den Weg gebracht. Mit der Verabschiedung des Haushalts 2018 können nun endlich viele Projekte in die Finanzierung gehen. Die zahlreichen Einzelpläne setzen wichtige und richtige Akzente, die Deutschland voranbringen werden. Auch ich habe in dieser Woche im Plenum zum Haushalt gesprochen. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Sommerzeit. Ihr



Foto: Büro Pols MdB

Eckhard Pols MdB.

Sommerpause sinnvoll nutzen

Es waren aufregende Tage und wie sicher einige von Ihnen habe ich mit Anspannung, aber auch mit Unverständnis auf den Konflikt unserer Parteispitzen geschaut.

Zweifelsfrei war es kein Glanzstück an Regierungshandeln. Ich bin froh, dass letztlich ein Kompromiss gefunden wurde, denn ein Bruch der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU hätte sicher viel weitreichendere Folgen gehabt. Dennoch müssen wir uns als Politiker bewusst machen, dass wir in den letzten Tagen viel Vertrauen in unsere Partei verspielt haben. Wir müssen nun unsere gute Sacharbeit wieder in den Vordergrund stellen.

Es gibt viele Herausforderungen in unserem Land, die wir angehen müssen. Und auch, wenn die Migrationsfrage uns noch lange beschäftigen wird, dürfen wir die drängenden Fragen der Bevölke-

rung wie nach bezahlbarem Wohnraum, der Digitalisierung, innerer Sicherheit oder auch der Pflege nicht hinten anstellen.

Im Gegenteil, nur wenn wir uns vernünftig mit den wichtigen Sachfragen auseinandersetzen, werden wir Populisten, die nun Morgenluft wittern, den Wind aus den Segeln nehmen können. Uns muss es wieder gelingen, Angstmacherei mit vermeintlich klaren Lösungen und Häme und Hetze mit deutlichen Antworten zu kontern.

Hier appelliere ich an alle demokratischen Parteien, auch an unseren Koalitionspartner. Viel zu oft scheinen wir uns bei teils auch sehr kleinen ideologischen Fragen aufzuhalten. Das müssen wir ändern.

Wir Politiker aller demokratischen Parteien sollten die Sommerpause nutzen, uns unsere Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes noch einmal bewusst zu machen.

Haushalt 2018 ohne neue Schulden

In der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir den Bundeshaushalt 2018 beschlossen. Wegen der Regierungsbildung ist es zu einem zweiten Regierungsentwurf sowie einer gut halbjährigen Verzögerung mit vorläufiger Haushaltsführung gekommen.

Der Bund kann in diesem Jahr 343,6 Mrd. Euro ausgeben, 2,6 Mrd. Euro mehr als im zweiten Regierungsentwurf. Die Finanzierung erfolgt über neue Ausgabenspielräume, die sich aus der Mai-Steuerschätzung ergeben haben. Damit bleibt es auch 2018 bei der schwarzen Null - trotz höherer Investitionsausgaben. Wegen der neuen Ausgabenspielräume erhöhen wir die Investitionen um 2,8 Mrd. Euro auf 39,8 Mrd. Euro. 2,4 Mrd. Euro davon entfallen auf eine investive Zuweisung zu einem neuen Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“, mit dem der Breitbandausbau sowie die digitale Infrastruktur in Schulen finanziert werden.

Zudem steigt die Zahl der Stellen in den Sicherheitsbehörden weiter. In diesem Jahr erhalten Bundespolizei 3.075, Bundeskriminalamt 525 und der Zoll 1.400 zusätzliche Stellen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird mit fast 1.650 zusätzlichen und der Entfristung von knapp 4.500 Stellen verstärkt.

Erfreulich ist, dass viele Mittel aus dem Haushalt, wie im letzten Newsletter bereits ausgeführt, unserer Region zugutekommen.

„Wir halten an der schwarzen Null fest, steigern aber gleichzeitig die Investitionen.“

Bessere Kontrolle der EU-Binnenmigration



Foto: Bundesregierung/Schacht

Die Koalition hat sich am heutigen Donnerstagabend auf ein Paket zur besseren Ordnung und Steuerung der Flüchtlingsbewegungen innerhalb der EU geeinigt. Kerngedanke ist, dass das Recht auf Asyl nicht beinhaltet, sich das europäische Land aussuchen zu können, in dem man Asyl erhält.

Mit dem Maßnahmenpaket soll über mehrere Wege erreicht werden, dass Flüchtlinge deutlich häufiger und auch schneller in das EU-Land zurückgeführt werden, in dem sie nach ihrer Ankunft in Europa zunächst registriert wurden oder dort bereits einen Asylantrag gestellt haben. Die Einigung in der Koalition entspricht in wesentlichen Punkten dem Konsens, der zunächst zwischen CDU und CSU erzielt worden war.

An der deutsch-österreichischen Grenze sollen etwa Personen, die schon in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben, direkt in das zuständige Land zu-

rückgewiesen werden, sofern Deutschland mit diesem Staat eine entsprechende Absprache erzielt hat. Die Zurückweisung soll binnen 48 Stunden erfolgen. Die Flüchtlinge können in dieser Zeit auch in Einrichtungen der Bundespolizei untergebracht werden.

Zudem sollen die Rückführungsverfahren von Personen, die an anderen Grenzen oder im Hinterland angetroffen werden und bereits in einem anderen EU-Land registriert worden sind, beschleunigt betrieben werden. Dazu sollen auch Gesetze angepasst werden. Bei diesen Personen soll kein eigentliches Asylverfahren stattfinden.

Über Rückführungsabkommen, die aber noch auszuhandeln sind, soll erreicht werden, dass die Flüchtlinge nach der Prüfung der Zuständigkeit in das Erstaufnahmeland gebracht werden können. Für die Rückführung können die Länder die Bundespolizei einschalten.

Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt gegründet



Foto: Büro Pols MdB.

Seit heute gibt es wieder die **Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt**. Ich bin einer ihrer Sprecher und habe mich über unseren Gast auf der Gründungsversammlung, den **Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Enak Ferlemann, (Mitte)** sehr gefreut. Mit ihm haben wir einen guten direkten Draht in das Ministerium.

Als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Binnenschifffahrt habe ich heute zusammen mit der Berichterstatterin und den Berichterstattern der anderen Fraktionen im Bundestagsausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur die **Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt** gegründet.

Die **Parlamentarische Gruppe Binnenschifffahrt** gab es auch schon in den vorangegangenen Legislaturperioden. Die Berichterstatterin und die Berichterstatter aller Fraktionen für die Binnenschifffahrt im Verkehrsausschuss bilden sie. Damit ist das Gremium überfraktionell angelegt. Mit der **Parlamentarischen Gruppe** erhalten die Gewerbetrei-

benden, Interessenvertreter sowie Länder und Kommunen einen zentralen Ansprechpartner im Bundestag für alle Belange rund um die Themen Binnenschifffahrt und Bundeswasserstraßen.

Rund dreißig Abgeordnete haben an der Gründungsveranstaltung teilgenommen und sogar noch mehr ihre Mitarbeit angekündigt. Mit der Gruppe bekommt die **Binnenschifffahrt** auch in dieser Legislaturperiode wieder eine starke Stimme im Parlament, welche die berechtigten Interessen aller Betroffenen vertritt.

Noch in diesem Jahr sind zum Beispiel mehrere Gespräche mit betroffenen Verbänden und dem Bundesministerium für Verkehr

und digitale Infrastruktur geplant, um das Arbeitsprogramm für die laufende 19. Legislaturperiode festzuzurren.

Ganz oben auf unserer Agenda befinden sich dabei der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur, die Modernisierung der Flotte, nachhaltige Antriebstechnologien sowie die Digitalisierung der Binnenschifffahrt. Als Gast auf der Gründungsversammlung erschienen war der **Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Enak Ferlemann**. Er versprach eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit und freute sich auf die Kooperation mit der Gruppe.

In der **Parlamentarischen Gruppe Binnenschifffahrt** arbeiten aktuell 44 Bundestagsabgeordnete mit. Darunter sind zwanzig von der Union, elf von der SPD, fünf von der FDP, vier von den Grünen und jeweils zwei von der Linken und AfD zu finden. Zu den Sprechern gehören neben mir Gustav Herzog (SPD) aus Rheinland-Pfalz, Bernd Reuther (FDP) aus Nordrhein-Westfalen, Claudia Müller (Grüne) aus Mecklenburg-Vorpommern, Jörg Cezanne (Linke) aus Hessen und Andreas Mrosek (AfD) aus Sachsen-Anhalt.



Mit dem **Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann** vor dem Sitzungssaal.

Baukindergeld auf den Weg gebracht

„Mit dem Baukindergeld bekommen mehr Menschen die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben.“

Heute haben wir im Bundestag die Mittel für das Baukindergeld freigegeben. Damit haben nun mehr Menschen die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben.

Für das Programm werden 262,5 Millionen Euro für 2018 eingestellt sowie Verpflichtungsermächtigungen im Gesamtumfang von 3,04 Milliarden Euro für die Jahre 2019 bis 2029. Gefördert wird der erstmalige Erwerb von Wohneigentum

ohne Größenbegrenzung für Familien mit Kindern (Neubau oder Bestandsimmobilie in Deutschland) im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020.

Pro Kind und Jahr finanziert der Bund 1.200 Euro über einen Zeitraum von 10 Jahren. Berücksichtigt werden Kinder, die zum Zeitpunkt der Antragstellung jünger als 18 Jahre alt sind. Zudem darf das zu versteuernde Haushaltsjah-

reseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigen (Familie mit einem Kind). Pro weiterem Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Berücksichtigt werden rückwirkend Vorhaben aufgrund notarieller Kaufverträge beziehungsweise Baugenehmigungen für selbstgenutzte Immobilien in Deutschland, die seit dem 1. Januar 2018 neu abgeschlossen oder erteilt wurden.

Newsticker „Zahlen und Fakten“

+++ Länderfinanzausgleich: Volumen steigt, Finanzkraftunterschiede bleiben konstant +++

Öffentliche Schulden sinken weiter +++

Im Jahre 2017 erreichte das Instrument zum Ausgleich finanzieller Unterschiede zwischen Bundesländern einen Rekordwert von 11,2 Mrd. Euro (2016: 10,6 Mrd. Euro).

Im Jahr 2012 lag der Wert noch bei lediglich 7,9 Mrd. Euro und ist damit seitdem um 42 Prozent angewachsen. Dies ist allerdings kein Zeichen zunehmender Finanzkraftunterschiede zwischen den Bundesländern, sondern basiert auf den insgesamt stark gestiegenen Steuereinnahmen und der geringen Finanzkraft einiger großer Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen. Die nominalen Steuereinnahmen der Länder stiegen der Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft zufolge von 2012 bis 2017 um 35 Prozent an und erklären neben der Inflation einen großen Teil des An-

stiegs. Im Rahmen der Bundesergänzungszuweisungen hat auch der Bund seine Zuschüsse auf 4,5 Mrd. Euro erhöht (2016: 4,26 Mrd. Euro). (Quelle: IW Köln)

+++

Zum Ende des ersten Quartals 2018 war der Öffentliche Gesamthaushalt mit 1.948,7 Mrd. Euro verschuldet. In die Erhebungen einbezogen wurden dabei Bund, Länder, Gemeinden und die Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte.

Der Schuldenstand sank damit gegenüber dem Ende des ersten Quartals des Vorjahres um 40,1 Mrd. Euro beziehungsweise 2,0 Prozent. Gegenüber dem vierten Quartal 2017 ging der Schuldenstand um 0,9 Prozent beziehungsweise 18,0 Mrd. Euro zurück. Der

Schuldenabbau fand auf allen Ebenen statt. Die Verschuldung des Bundes sank gegenüber dem Ende des ersten Quartals 2017 um 1,0 Prozent oder 12,4 Mrd. Euro auf 1.232,4 Mrd. Euro. Die Bundesländer konnten gegenüber dem Vorjahresquartal sogar einen Rückgang der Schulden von 4,0 Prozent beziehungsweise 24,1 Mrd. Euro auf 587,4 Mrd. Euro verbuchen. Die höchsten prozentualen Rückgänge gab es in Sachsen (-19,7 Prozent) und Baden-Württemberg (-19,2 Prozent). Auch der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände sank gegenüber dem Ende des ersten Quartals 2017 um 2,5 Prozent (- 3,6 Mrd. Euro) auf 137,5 Mrd. Euro. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Auszug aus dem Terminkalender

Montag, 9. Juli

- Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, Berlin

Dienstag, 10. Juli

- Saisonöffnung des Heide-Shuttles 2018, Salzhausen

Mittwoch, 11. Juli

- Besuch vom Nds. Innenminister Boris Pistorius zum Hochwasserschutz, Hitzacker

Donnerstag, 12. Juli

- 50 Jahre Naturpark Elbhöhen-Wendland, Hohe Mechtin im Wendland

Sonntag, 15. Juli

- Bürgermeisterfrühstück am 2. Schützenfestsonntag, Bleckede

Freitag, 20. Juli

- Gespräch zur Investitionsfinanzierung von Krankenhäusern durch das Land, Lüneburg
- Feierliches Gelöbnis mit Empfang und militärischem Zeremoniell, Bendlerblock Berlin

ab Samstag, 21. Juli

Familienurlaub

Parlamentskreis Mittelstand: Sommerfest mit Arbeitsprogramm



Am Dienstag war ich auf dem Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Auch als Mitglied dieser fraktionsinternen Gruppierung setze ich mich für die kleinen und mittelgroßen Betriebe auf Bundesebene ein. Dieses Mal haben mich als meine Gäste der Lüneburger CDU-Kreisvorsitzende, Felix Petersen, (I) und der stellvertretende Kreisvorsitzende Sören Pinnekamp (1. v. r.) begleitet. Es entwickelte sich auch ein interessantes Gespräch mit dem niedersächsischen JU-Landesvorsitzenden, Tilman Kuban (2. v. r.).



Unsere Landwirte sind für Deutschland von unschätzbarem Wert. Sie stellen hochwertige Lebensmittel her, die eine gesunde Ernährung der Menschen erlauben. Unsere Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, kann sich bei der Unterstützung unserer Landwirte auf mich verlassen. Die CDU ist die Partei des ländlichen Raumes.

Staatsminister Dr. Hendrik Hoppenstedt ist Koordinator für die Bund-Länder-Beziehungen und direkt bei der Bundeskanzlerin tätig. Meine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit meinem Fraktionskollegen schätze ich sehr und kann ihn nur als guten Griff der Kanzlerin bezeichnen.

